

Der mehrfach umgedrehte Deutsche

oder

Vom Wandel der politischen Gesinnung des Bürgers

Prof. Dr. Werner Rother

Der Totalitarismus ist das auffälligste und folgenschwerste politische Phänomen des 20. Jahrhunderts. Die Auseinandersetzung mit seinen Erscheinungsformen, seinen Erfolgen und seinen Untaten, aber auch mit den Lebensläufen seiner führenden Personen füllt ganze Bücherwände. Verhältnismäßig wenig ist aber davon die Rede gewesen, wie der **einzelne Bürger** und die **einzelne Bürgerin** sich in dieser Staatsform befunden haben, zumal was den gutwilligen Teil der Bevölkerung betrifft, der sich keiner Straftaten schuldig gemacht, andererseits aber nichts zur Bekämpfung der Radikalen geleistet, vielmehr durch seine tägliche Arbeit als Beamter, Angestellter, Lehrer, Arbeiter, Soldat usw. den Staat befestigt und getragen hat. Worin bestand der Anteil dieser Personen an den verderblichen Ereignissen? – Diese Frage gliedert sich bei näherer Prüfung in mehrere Unterthemen und Gegenfragen auf, z. B.: Was hätte der einfache Bürger denn tun können, um der politischen Entwicklung entgegenzuwirken? Ist es überhaupt möglich und gerecht, das politische Tun einer begrenzten Anzahl von Regierenden auf die Verantwortlichkeit der einzelnen Staatsbürger zu gründen?

Zu diesen, an sich schon schwierigen Fragen gesellt sich bei kritischer Betrachtung des Jahrhunderts noch ein anderes, nicht weniger intrikates Problem: Wie sollte sich der einzelne nach dem **Zusammenbruch** der Regime richtigerweise verhalten? Denn es ist – was wir aber erst am Ende des Jahrhunderts mit Sicherheit wissen – eine bestürzende Eigenschaft der totalitären Systemen gewesen, daß sie, obwohl sie selber von sich behaupteten, für die Ewigkeit bestehen zu wollen, nach einigen weltgeschichtlichen Stunden oder Minuten wieder am Ende waren. Mußte der einzelne Bürger das voraussehen und sein Verhalten darauf einrichten? Die Beantwortung dieser Fragen wird dadurch nicht leichter, daß auf deutschem Boden mindestens *vier* tiefreichende politische Veränderungen in nicht allzu großem zeitlichen Abstand stattgefunden haben:

1. der Übergang von der Monarchie zur Republik im Jahre 1918,
2. die „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten 1933,
3. der Zusammenbruch des NS-Regimes 1945 und der Übergang entweder zur parlamentarischen Demokratie oder zur kommunistischen Diktatur, und schließlich
4. der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in der DDR und der Übergang auch dieses Teils von Gesamtdeutschland zur parlamentarischen Demokratie im Jahre 1990.

Bei näherer Betrachtung dieser vier Hauptbeispiele des politischen Wandels zeigen sich einerseits bemerkenswerte Gemeinsamkeiten, zum anderen aber auch wichtige Unterschiede, sowohl was den äußeren Ablauf, wie auch, was das geistig-seelische Verhalten der Bürger betrifft. Ebenso interessant ist es, die Reaktion des jeweils folgenden Staates auf das vorangegangene Regime, die „Aufarbeitung“ des als

verbrecherisch, zumindest als fehlerhaft und unfähig erkannten Staatsgebildes zu betrachten. Hier sind insbesondere bei den Ereignissen 3. und 4. der obigen Aufstellung heftige Auseinandersetzungen in Parlamenten, Medien und parteiinternen Gremien in Gang gekommen, die wiederum symptomatisch für den Bewußtseinszustand der den totalitären Bestrebungen unterworfenen Bürger und zugleich aufschlußreich für die Tragfähigkeit, Widerstandsfähigkeit und Dauerhaftigkeit der totalitären Ideologien selbst sind. Die historische Untersuchung dieser Vorgänge sieht sich jedoch vor eine Anzahl von Fakten gestellt, die nur noch den heute sehr alten Zeitgenossen aus eigener Anschauung gegenwärtig sind und die, da sie nicht besonders rühmlich und nur aus der Angst und Not der einzelnen Bürger erklärlich sind, in der Diskussion meist übergangen werden. Über sie zu sprechen und sie für die weitere wissenschaftliche Bearbeitung festzuhalten und „auf den Tisch des Hauses zu legen“, sei die Aufgabe dieser Abhandlung.

I. Von der Monarchie zur Republik

Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik im Jahre 1918 war die Folge der Erschöpfung der militärischen Kräfte des Reiches im Ersten Weltkrieg (1914 – 1918). Die Entwicklung zum parlamentarischen Parteienstaat war jedoch politisch und ideologisch nicht völlig überraschend, sondern durch die historische Entwicklung bereits vorgezeichnet. Auch in der „konstitutionellen Monarchie“, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bestand, war die Politik der Regierungen des Reichs und der Länder nicht ausschließlich vom Monarchen bestimmt, sondern maßgeblich von den politischen Parteien beeinflusst. Für den Bürger – soweit er kaisertreu eingestellt war – wirkte der Übergang der Macht und der Repräsentation auf die Vertreter der Parteien im Jahre 1918 zwar konsternierend und deprimierend, war aber nichts so Außerordentliches und Extremes, daß es die Haltung und Lebensführung der Bevölkerung in grundsätzlicher Weise umgestaltet hätte. So jedenfalls können es die heute Hochbetagten aus ihrer Kindheitserinnerung bestätigen. Damit soll nicht übersehen werden, daß sich in dieser Zeit heftige Auseinandersetzungen vollzogen, in denen sich die junge Republik gegen rechts- und linksextreme Putsche und Aufstände behaupten mußte – auch nicht, daß durch Auflösung der Armee, durch Landverluste und Inflation viele Existenzen vernichtet und gewohnte Herrschaftsstrukturen beseitigt wurden. Jedoch fehlte auf seiten der neuen Obrigkeit durchaus jener Wille zur ideologischen Gleichrichtung und totalen Vereinheitlichung des Denkens des Volkes, das in dieser Weise erst später in Erscheinung trat. Es gab keine mächtige, staatlich betriebene Propaganda oder gar ein eigenes Ministerium für diese. Vielmehr konnten die verschiedenen politischen Richtungen als parlamentarische Parteien weiterhin ihre Ziele verfolgen und ihre Absichten in die Lenkung des Staates einbringen. Es fehlte auch nicht an Energie, sich gegen die anderen Meinungsträger durchzusetzen. Man glaubte zu wissen, daß die Auffächerung des Volkswillens in verschiedene Gruppierungen und die Balance der Kräfte das Wesentliche bei der Sache war. Die Gefahr war jedoch die politische Zersplitterung, und der große Erfolg des Totalitarismus rechter und linker Couleur beruhte eben darauf, daß die einzelnen Staatsbürger den von ihnen verlangten Sinn für *pluralistisches* Regieren *nicht* hatten, sondern die politische Verantwortung, anstatt sie kollektiverweise selbst wahrzunehmen, auf einen politischen Messias und Heilbringer zu übertragen wünschten, daß sie nach „Ordnung“ und innerer Machtentfaltung des Staates riefen und damit alle die Erscheinungen in Kauf nahmen, die das Wesen des Totalitarismus ausmachen und dessen üble Taten begünstigten.

Für den heutigen Betrachter ist es kaum möglich, in der Bevölkerung des „Weimarer Staates“ so etwas wie eine durchschnittliche politische Einstellung oder eine

„herrschende Meinung“ zu erkennen. Die Menschen beurteilten den Staat nach Wegfall der monarchischen Idealisierung und in Verneinung der Leitidee der Monarchie hauptsächlich nach seinen *wirtschaftlichen* Erfolgen. Diese aber wollten sich in den Jahren 1920 – 1930 in Auswirkung einer weltweiten Wirtschaftskrise nicht einstellen. Geldverfall, Arbeitslosigkeit, Stellenabbau, Sparmaßnahmen bedrückten die Bürger in den letzten Jahren des Weimarer Staates mehr und mehr. In Fragen der Politik neigte man immer deutlicher dazu, sich für eine der gegeneinander wirkenden Gruppen zu entscheiden. Soweit die schriftlichen Zeugnisse dafür noch vorhanden sind, erschrecken sie den heutigen Leser durch Einseitigkeit und große Radikalität. Hinter den Äußerungen der betreffenden Parteien stand immer die Behauptung, man wolle die staatlichen Dinge ganz allein und ohne fremde Hilfe, gestützt aber auf die allein seligmachende Doktrin der Partei, in Ordnung bringen. Auf die radikalsten dieser Versprechungen fiel das Volk schließlich herein – übrigens auch deshalb, weil sich das Extrem auf der anderen Seite höchst unsympathisch präsentiert hatte und seinerseits in katastrophaler Weise erfolglos geblieben war.

II. Von der Republik zur NS-Diktatur

Die „Machtübernahme“ Hitlers im Jahre 1933 hatte die Eigentümlichkeit, daß sie nicht nur die Besserung der wirtschaftlichen Zustände versprach, sondern als Voraussetzung dafür im politischen Bewußtsein des deutschen Volkes eine absolute Änderung verlangte. Dies wurde von der NSDAP und ihren Sprechern auch mit allen propagandistischen Mitteln betont. Hitler präsentierte sich nicht so sehr als siegreicher Parteiführer, der im Rahmen einer funktionierenden Demokratie in der ihm zugemessenen Zeit die Lenkung des Staates übernehmen wollte, sondern als *der Auserwählte*, der von der „Vorsehung“ bestimmt war, das Volk aus dem wirtschaftlichen und politischen Sumpf zu retten, in dem es sich angeblich befand, und der daher alle Vollmachten für sich in Anspruch nahm, die er zu benötigen glaubte. Er ließ keinen Zweifel, daß abweichende Meinungen nicht geduldet, daß diese vielmehr – und darin bestand das Besondere und für Deutschland Erstmögliche seiner Ideologie – als verderblich, verabscheuungswürdig, ja kriminell anzusehen und mit allen staatlichen Mitteln zu bekämpfen seien. Dies wurde durch die Gesetzgebung alsbald juristisch befestigt. Als Feindbilder dienten Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten, Freimaurer und andere Vertreter des „Systems“. Diese wurden auch nicht nur propagandistisch angegriffen, sondern aus allen führenden Ämtern und Posten entfernt und durch parteitreue Amtsträger ohne viel Rücksicht auf deren fachliche Qualifikation ersetzt. Die „Weltanschauung“ der NSDAP wurde in der Weise für allgemeinverbindlich erklärt, daß in Zukunft Bürger und Bürgerinnen, Hoch und Niedrig, Arm und Reich, Alt und Jung die Meinung der radikalen Rechten zu teilen und zum persönlichen Credo zu machen hatten. Dies löste, da die rechten Parteien nur etwa die Hälfte der Wahlberechtigten im Gefolge hatten, verständlicherweise den Widerstand der übrigen Bürger aus.¹ Was daraus in der Praxis folgte, ist die erste der psychischen und gesinnungsmäßigen Tarnbewegungen, die – in ihrer Auswirkung durchaus ambivalent und in ihrem Erfolg zweifelhaft – auch die folgende Zeit kennzeichneten. Eine genauere wissenschaftliche Bezeichnung für dieses Verhalten gibt es nicht. Man könnte von einer Schutzanpassung, einem sich Sich-flach-Machen sprechen. Der naturwissenschaftliche Begriff der Mimikry, auf das Politische übertragen, kommt der Realität wohl am nächsten; denn es handelt sich um die Annahme einer von oben erwünschten Farbe, hinter der sich die übliche bürgerliche oder arbeitermäßige Einstellung verborgen halten mußte. Der einfache Mann, aber auch Juristen, Ärzte, Lehrer, Offiziere und andere Vertreter höherer Berufe mußten sich die Frage stellen, wie ihr persönliches Ergehen gegenüber dem radikalen Willen zur ideologischen

Einfarbigkeit gesichert werden konnte. Mit aller Deutlichkeit wurde das Dilemma des im modernen Massenstaat lebenden Einzelnen sichtbar. Er war als Individuum den politischen Gewalten gegenüber machtlos. Er mußte sich daher sagen, daß es auf ihn als Individuum überhaupt nicht ankam. Er wurde aber andererseits (und dazu seine Familie und sein soziales Umfeld) von den Auswirkungen der politischen Veränderung in seiner individuellen Existenz erfaßt und blieb sich und den Seinen für sein weiteres Ergehen verantwortlich. Dies begann beim Schüler und Studenten, der sich sagen mußte, daß es für das Gelingen seiner Ausbildung und für seine berufliche Entwicklung durchaus nicht nur auf das fachliche Wissen und Können ankommen werde, sondern auf das, was die Hochmögenden als Inhalt des Bewußtseins jedes einzelnen wünschten, nämlich auf seine „Haltung“ und seinen „Charakter“. Wichtig waren weiterhin die körperliche und militärische Tüchtigkeit, die außerdem bewiesen werden mußten. Dieselben Voraussetzungen – hinsichtlich der körperlichen Festigkeit mit dem Alter etwas abgeschwächt – galten für alle Berufstätigen. Hinzu kam das Erfordernis, daß man bereits in der *Vergangenheit*, also unter ganz anderen politischen Umständen, mit der neuen Weltanschauung im Einklang gestanden haben mußte.

Dies nachzuweisen und nach außen hin erkennbar zu machen, war nicht einfach. Die Wege dazu waren etwa folgende:

- a. Was die Vergangenheit betraf, so gab es einige Tatsachen, die als Pluspunkte der politischen Bewertung angesehen wurden. Grundvoraussetzung für die weitere Verwendbarkeit im öffentlichen Dienst und in allen führenden Positionen war zunächst die „arische Abstammung“. Diese wurde in der Weise nachgewiesen, daß Geburts- und Heiratsurkunden der Eltern und Großeltern bei Kirchen- und Standesämtern angefordert und der Behörde vorgelegt wurden. Die bekannte Suche nach der „arischen Großmutter“ setzte ein. Vor allem waren es die bekannten jüdischen Familiennamen, die zusammen mit den Vornamen, der Angabe der Religion und der Art der Eheschließung gegen die arische Abstammung sprachen und für den Lebenslauf des Probanden entscheidend waren.
- b. Für den Nachweis nationaler Gesinnung gab es ebenfalls einige gültige Symptome. Am meisten Ansehen brachte es (entgegen der bisher üblichen bürgerlichen Auffassung), wenn der Beweispflichtige aus Gründen seiner nationalpolitischen Gesinnung „gesessen“ hatte oder gemäßregelt worden war. Ebenso positive Würdigung erfuhren die alten Mitglieder der NSDAP, die sogenannten „Alten Kämpfer“. Auch die bloße Mitgliedschaft in SA und SS, für die Jungen die Mitgliedschaft in den nationalsozialistischen Schüler- und Studentenbünden, ferner auch im „Stahlhelm“ und anderen rechtsgerichteten Verbänden galten als vorbildlich.
- c. Für weniger profilierte Menschen war die Teilnehmerschaft im Ersten Weltkrieg mit etwaigen Auszeichnungen ein wichtiges Plus. Positiv wirksam – wenn auch nicht im Sinne völliger Anerkennung – waren ferner der *Austritt* aus der Kommunistischen oder der Sozialdemokratischen Partei oder die Scheidung oder Trennung von jüdischen oder linkseingestellten Partnerinnen und Partnern.
- d. Der zahlreiche Rest des Volkes war auf die Beibringung von Bescheinigungen angewiesen, die von nahestehenden Personen über die Haltung und

Gesinnung des einzelnen ausgestellt wurden. Voraussetzung war allerdings, daß die Aussteller selbst im rechten Lager standen, andernfalls die Gefahr der politischen „Wechselreiterei“ bestanden hätte.

- e. Ein anderer Weg – sowohl für die bei der obigen Punktesammlung nicht Erfolgreichen wie auch für alle anderen Bürger – bestand darin, nach dem 30. 1. 1933 in die NSDAP oder eine ihrer Gliederungen *einzutreten*. Diese „Flucht nach vorn“ erwies sich für viele erfolgreich. Auch hier, wie schon bei der Sichtung aller im öffentlichen Dienst stehenden Personen, mußten sich die Bewerber durch Ausfüllung von *Fragebögen* empfehlen. Dem Bestreben, durch scharfe Auswahl die Ideale der Partei rein zu halten, stand das Interesse der Verbände an großen Mitgliederzahlen gegenüber. Dazu gesellte sich die Erwägung, daß es gelingen müsse, auch Andersdenkende durch Schulung und straffen Dienst umzuerziehen. In den Monaten nach dem 30. 1. 1933 setzte daher ein mächtiger Zustrom in die NSDAP und ihre Gliederungen ein. Der Volkshumor sprach zynisch von den „Märzgefallenen“. Der Zustrom setzte sich in den folgenden Jahren und bis in den Krieg hinein fort. Das gleiche geschah bei den anderen Formationen. Eine gewisse Abstufung der politischen Wertigkeit war offenkundig. SS, SA, NSKK, Stahlhelm, HJ, BDM, Studentenbund, Arbeitsfront, Bauernbund, Beamtenbund, Schriftstellerverband, Frauenschaft – in dieser Reihenfolge etwa erwies sich die Stärke des politischen Engagements.

Es wäre wichtig, die geistig-seelische Situation der einzelnen Menschen genauer zu betrachten, um die Vorgänge zu Beginn des „Dritten Reiches“ zu verstehen. Die Deutschen dieser Zeit waren in ihrer Mehrzahl *keine* überzeugten Nationalsozialisten². Sie meinten aber, daß man nach dem „Umbruch“ des Staates der politischen Situation Rechnung tragen müsse. Man mußte irgendwie „drin“ sein, wenn man beruflich und im Ansehen der Zeitgenossen keinen Schaden nehmen wollte. Es liegt nahe, diese Einstellung als berechnend, unehrlich und opportunistisch zu bezeichnen.

Positiv müßte man sagen, daß die Menschen durch den Erfolg der „Bewegung“ überzeugt und von ihrer früheren Meinung abgerückt waren, ein Vorgang, den man auch vom demokratischen Standpunkt aus anerkennen müßte. Übrigens verwendeten die Nationalsozialisten (wie später auch die Kommunisten) ein Argument, dem von seiten der älteren, politisch erfahreneren Teile der Bevölkerung schwer beizukommen war: Sie stellten sich als Vertreter der Jugend dar, die das Alte, Verkommene, Erfolgreiche beseitigen und dem frischen, unbefangenen Willen der jungen Generation endlich zum Durchbruch verhelfen wollte. Dem konnte der ältere Bürger in seiner Rolle als Vorgesetzter, Lehrer, Familienvater nichts Wesentliches entgegensetzen. Denn in der Tat: Die Jungen hatten ein Recht, so zu denken. Die Alten mußten sie im Prinzip gewähren lassen. Sie befanden sich gerade aus diesen biologischen Gründen in der Defensive. Sie mußten zunächst einmal „mitmachen“, mußten sich mit der siegreichen Jugend gutstellen, mußten vielleicht sogar durch besonderen Eifer ihre früheren „Fehler“ gutmachen – nämlich durch Dienstbereitschaft, Geldzuwendungen und das, was man als „positive Einstellung“ zu bezeichnen pflegte und was durch eine Anzahl von Verhaltensweisen (wie das Erweisen des „Deutschen Grußes“, Tragen des Parteiabzeichens, Fahnenhissen zu den verschiedenen Anlässen, Beteiligung an Versammlungen, Tragen der Uniform der Gliederungen,

Erziehung der Kinder zu tüchtigen „Pimpfen“ und Jungmädeln bestätigt werden mußte.

Diese Äußerungsweisen – das ist nochmals zu betonen – dürfen nicht ausschließlich unter moralischen Gesichtspunkten gewertet werden. Politik ist, wie in Literatur und Geschichtsschreibung oft betont wurde, ein hartes, häßliches und teilweise schmutziges Geschäft. Wenn aber schon die großen Geister der Nation dies erklärt haben, ist vom einfachen Mann und der einfachen Frau nicht zu verlangen, daß sie in ihrem kleinen Lebensbereich auf die Dauer eherne Gesinnung und unwandelbare Prinzipientreue beweisen. Der einfache Mensch sieht politische Veränderungen nur im Großen. Er wird über einzelne Untaten der Führer nicht offiziell unterrichtet. Er vermag es – ebenso wie die Führenden – nicht, in die Zukunft zu blicken. Und auch bei Betrachtung der Vergangenheit kann er nur feststellen, daß aus kleinen und unerfreulichen Anfängen mitunter Großes entstand und daß die persönliche Würdigkeit der handelnden Personen mit dem Ausgang der politischen Unternehmung oft in Widerspruch steht. Er konnte aus dem Gang der Ereignisse in den Jahren 1933 – 1938 nur schließen, daß sich sein Land „im Aufwind“ befand und zu den besten Hoffnungen Anlaß gab. Er wußte auch – eine simple, aber in diesen Jahren sehr maßgebende Erwägung – daß der Mensch nur *ein* Leben hat und für den Fall, daß er sich unklug verhielt, keinen Ersatz beanspruchen konnte. Also ist es nicht verwunderlich, daß die Mehrzahl des Volkes dem sich etablierenden NS-Staat loyal diente und auf eine der deutschen Sache günstige Entwicklung vertraute.

Zweifellos erkannten die Führenden und die „alten Nazis“ das Bedenkliche dieser Einstellung, die so gar nichts mit der heldischen, kämpferischen, angeblich germanischen Bewußtseinsverfassung zu tun hatte, die dem Volke offiziell verordnet war. Man konnte und wollte andererseits die „Neuen“ nicht zurückweisen, weil man doch nicht bestreiten wollte, daß die Überzeugungskraft der neuen Weltanschauung imstande war, Zweifelnde und Zuspätkommende zu integrieren. Der Zustrom von Opportunisten und unsicheren Kantonisten mußte also geduldet, der damit zusammenhängende Zufluß finanzieller Mittel erfreut zur Kenntnis genommen und im übrigen auf die Kraft der Idee vertraut werden.

Der „Geist“ der NS-Formationen wurde durch die Neubewerber nicht gefördert. Zwar waren diese Leute gehorsame Dienstmänner, die alle militärischen Exerzitien in SA, HJ und den anderen Verbänden bereitwillig mitmachten, die aber durch ihre Anwesenheit bewirkten, daß die Ideale allmählich verblaßten und die Einheiten zu einer Art Militärverein wurden, in denen – unter beträchtlichem Alkoholkonsum übrigens³ – sich eine Art bürgerlicher Geselligkeit ausbreitete und die Gemüter umfängen hielt. Andererseits: eine gefährliche Opposition kam in den Verbänden nicht auf. Eben das dauernde In-Bewegung-Halten der Menschen war das Mittel zu ihrer völkischen Erziehung. Die kollektive Erfassung – vorwiegend praktiziert in den Massenaufmärschen auf Parteitag und anderen Veranstaltungen – sollte die Durchdringung mit dem nationalsozialistischen Gedankengut so fördern, daß gegenläufige Bestrebungen nicht aufkamen.

- f. Für diejenigen, die sich solcher kollektiven Inanspruchnahme entzogen, begannen schwierige Zeiten. Wer sich den Aufforderungen zum Partei- oder Organisationseintritt fortdauernd widersetzte, ließ seine ablehnende Haltung erkennen. Das Argument, daß man ein national gesinnter Mensch sei, aber

bei „denen“ nicht mitmachen wolle, erschien in sich widersprüchlich und war gefährlich. Nur wenige, die beruflich oder wirtschaftlich unabhängig waren – Ärzte, Geistliche, Ingenieure, Wissenschaftler, Erfinder – konnten auf diese Weise taktieren. Auch sie mußten aber damit rechnen, im Laufe der Zeit gesellschaftlich und geschäftlich isoliert zu werden; denn – auch dies ist in diesem Zusammenhang festzuhalten und für den Geist des Jahrhunderts aufschlußreich – die Umwelt honorierte ihr Verhalten nicht. Die Menschen, die sich dem Zug der Zeit entgegenstellen, geraten nach den nicht erfreulichen, aber wirksamen Gesetzen des Zusammenlebens ins „Abseits“. Das Erweisen des „Deutschen Grußes“ zum Beispiel, das heißt also, den Gruß „Heil Hitler!“ unter Erhebung des rechten Arms, konnte der einzelne kaum mit Anstand verweigern. Vielen war dieser Gruß zuwider. Mit welcher Begründung aber sollte man ihn ablehnen? Es gab viele, die den Arm nur mit müder Beugung anhoben. Aber was war damit geholfen? Der Mensch, der dies tat, kam den anderen und im Grunde auch sich selbst „blöd vor“; denn seine Weigerung bewirkte nichts, was das Regime geschwächt hätte. Und umgekehrt: War mit der gehorsamen *Ausführung* des Grußes der Regierung wirklich geholfen? Was die Führung erzielen wollte und mit diabolischer Berechnung verfolgte, war ein allgemeines Beteiligtsein der Mehrheit des Volkes am Handeln der herrschenden Personen. Man hoffte, daß die Furcht vor dem „Mitgegangen-Mitgehungen“ die Menschen zu äußersten Kraftanstrengungen anspornen werde. Dem entsprach auf seiten des einzelnen Volksgenossen die Erwägung, daß er nicht wissen konnte, ob die politischen Absichten der Machthaber gelingen würden. *Wenn* sie gelingen sollten – soviel lehrte die Weltgeschichte – würde rückschauend niemand mehr von den Dummheiten und Übertreibungen des Regimes reden. – Und wenn sie *nicht* gelingen sollten, würde sich niemand finden, der das Verhalten des einzelnen Volksgenossen bis in die Kleinigkeiten nachprüfte.

Die spätere Beschreibung hat offenbar gemeint, es genüge, wenn man die Bürger totalitärer Staaten in zwei Gruppen einteile: hier die willigen Parteigänger und da die entschiedenen Gegner in Gestalt von Widerstandskämpfern und lauten Remonstranten. Damit blieb aber die große Mehrzahl im Volke, die in komplizierter Verschränkung dem Regime zugleich diente und widerstrebte, außerhalb der Betrachtung.

Wenig beachtet und in der bisherigen Beurteilung der damaligen Zeit wenig analysiert ist übrigens die Mitwirkung der *Frauen* bei dem verderblichen Geschehen. Im bürgerlichen Haushalt, der damals die Regel bildete, spielten die Frauen – im Grunde seit germanischen Zeiten eine äußerlich nicht auffällige, insgeheim aber sehr bedeutsame Rolle. Auch in den Jahren nach 1933 war es wichtig, was die Mütter, Frauen, Freundinnen oder Mitschülerinnen zu den neuen Verhältnissen meinten. Die älteren Frauen, die seit kaiserlicher Zeit an eine positive Würdigung des Militärs gewöhnt waren, fanden an dem öffentlichen Auftreten der Nationalsozialisten und ihrer Gliederungen oftmals ein gewisses Wohlgefallen. Man war von der potenzierten Männlichkeit der großen Heerscharen beeindruckt und konnte nicht umhin, in deren Auftreten die Anzeichen von Kraft, Energie und Ausdauer zu erkennen und zu bewundern. Dasselbe galt für die Person Hitlers, der sich in der Zeit seines innenpolitischen Erfolgs von den meisten Vertretern der bürgerlichen Parteien vorteilhaft unterschied. Aber auch aus Gründen der Reputation und, um jedes Familienmitglied zu nützlicher Tätigkeit und Ansehen bei der Umwelt zu bringen, schien es den meisten Frauen

angezeigt, die Ihren zum „Mitmachen“ zu bewegen. „Die anderen“, so sagte man, „tun es ja auch“, und von einer späteren Abrechnung wurde nicht gesprochen. Die jüngeren Frauen taten es den älteren nach. Einen Generationenzwiespalt kannte man nicht, jedenfalls nicht in der Form, daß die jüngere Generation demokratischer oder pazifistischer gedacht hätte als die ältere. Im Gegenteil: Die neuen Machthaber stellten sich als Vertreter der Jugend dar und hatten das Positivum der jugendlichen Kraft und Unbekümmertheit für sich, das dem gesetzten Alter überlegen schien.

Besonders interessant ist die Entwicklung dieser psychischen Ausgangslage im *Kriege*. Im allgemeinen wirkt der Eintritt eines Landes in den Krieg (nach so kurzer Zeit des „Wiederaufbaus“) ernüchternd und niederschlagend auf den ideologischen Schwung und die politische Doktrin. Es zeigte sich überdies im Falle des Dritten Reiches, daß die demagogischen Friedensbeteuerungen der Führung purer Schein gewesen waren und dem getäuschten Volk nunmehr die harte Realität entgegentrat. Auch ging mit dem Beginn der militärischen Auseinandersetzungen die ideologische Tonangabe von der Partei auf die Wehrmacht und ihre Führung über. Es erwies sich in einer für die Chefideologen peinlichen Weise, daß mit dem vorgeschriebenen Heroismus und dem Getöse von Blut, Ehre, Ruhm, Rasse und germanischem Wesen nicht der positive Einfluß auf die Seelen der Menschen, insbesondere der kämpfenden Soldaten, zu gewinnen war, den man sich wünschte. Auch die bisher gepflogene Auslese der wertvollen „nordischen“ Menschen gegenüber den weniger wertvollen anderen Völkerschaften konnte nicht mehr durchgeführt werden. Es wurden nun *alle* gebraucht, und das Wichtigste war, daß alle gehörig mitmachten. Dafür wurde allerdings eine entschiedene Forderung erhoben und mit schärfsten Gesetzen gesichert: Niemand durfte mehr „defätistische“, abwertende, die Führung herabsetzende und den Erfolg des Krieges in Frage stellende Äußerungen tun. Wer dies tat – und sei es auch besten Gewissens und in guter Absicht – lief Gefahr, sein Leben zu verlieren oder im Zuchthaus oder im Strafbataillon zu landen. Der Volksgenosse war gezwungen, seine Zweifel an der Führung, an der Richtigkeit der militärischen Maßnahmen und am sieghaften Ausgang des Krieges für sich zu behalten oder sie nur vertrautesten Personen mitzuteilen. Wie das eigentlich funktionierte, ist rückschauend kaum noch zu verstehen. Mit dem öffentlich propagierten aufrichtigen, vertrauensvollen, der Wahrheit verpflichteten Wesen des germanischen Menschen hatte das nichts mehr zu tun. Einerseits waren alle Gespräche, die der einzelne mit Bekannten führte, von Furcht und Argwohn gezeichnet. Das zwang zu einer gewissen allgemeinen und freibleibenden Formulierung, die gelernt sein mußte und für die man die Bildung brauchte, die sonst so verachtet war. Andererseits grassierten die „Flüsterwitze“ in großer Zahl und bester Qualität, was einen Rückschluß auf die Loyalität der Erzähler und der Zuhörer gestattet. In den meisten Fällen hatte der Bürger des totalitären Staates ein sicheres Gespür für die „Zuverlässigkeit“ seines Gegenübers. Dann konnte er seine Kritik und Bosheit ohne Bedenken anbringen. In wenigen tragischen Fällen täuschte er sich aber und mußte für seine Äußerung schwer büßen. Die Reaktion der Umwelt – und das ist wie oben bereits festgestellt, für die Nachwelt erschreckend und wird rückschauend oft nicht erkannt – bestand meist nicht im offenen Beifall für den Regimegegner und im Aufbegehren gegen die blutigen Maßnahmen des in die Enge geratenden Staates, sondern in einem schauernden, zugleich aber kritischen Bedauern und Sich-Abwenden. „So ein dummer Mensch“, hieß es dann, „warum konnte er den Mund nicht halten!“ Die Stimmung der Mehrheit konnte sich sogar, was kollektiv-psychologisch zu verstehen ist, regelrecht *gegen* den „Meckerer“ und

Defätisten kehren. Wer in einer kämpfenden oder angestrengt arbeitenden Gemeinschaft mit frechen Reden hervortritt, verfällt der Ablehnung – auch wenn die anderen im Grunde seiner Meinung sind. Denn man findet, daß im Benehmen des Außenseiters kein Übermaß an Willen und Charakterstärke liegt, sondern ein Minus an Rücksicht und Kameradschaftlichkeit, weil er die anderen gegen ihren Willen zu Mitwissern oder sogar Mittätern seines eigenen gefährlichen Verhaltens macht. Man konnte auch rein objektiv gesehen im Dritten Reich auf diese Weise nichts erreichen. Die Kampfkraft der Truppe und der Verteidigungswille des Volkes blieben – soweit das überhaupt zu beurteilen ist – von dem Meckern und Witzeerzählen unbeeinflusst. Der totalitäre Staat muß vielmehr an seiner eigenen Unwahrhaftigkeit zugrunde gehen. Das betonte Stillschweigen, die gekonnte Indifferenz, die lächelnde Ausdruckslosigkeit des Gesichts sind die Mittel, mit denen sich der Bürger solcher Regime gegen Abwertung und Denunziation sichert.

In diesem Zustand der mentalen Zwiespältigkeit befand sich die Mehrheit des deutschen Volkes am Ende, wohlgemerkt: „am Ende“, nicht so sehr am Anfang des Krieges, als die militärischen Erfolge des Regimes dem Zweifelnden das Wort im Munde verstummen ließen und er sich bestürzt fragen mußte, ob der ganze völkische Unband gegenüber dem rationalen Besserkennen Recht behalten würde. Aber diese Einstellung änderte sich im Verlaufe des Krieges. Der Zorn über die feindlichen Schläge zu Lande, zu Wasser und aus der Luft und über das Wüten der Gegner in den überrollten Gebieten, dazu die Trauer über die Verluste an Menschen und Material mischten sich mit dem Zorn über das Versagen der Führung, über die Nichtigkeit ihrer großsprecherischen Parolen. In diese Gefühle mengten sich wiederum die Furcht vor dem Desaster, das sich bei Verlust des Krieges einstellen mußte und zugleich die Furcht vor den immer rabiater werdenden Maßnahmen der Regierung gegen Feiglinge und Verräter. Zu einem kleinen Teil stand dem auch die verzweifelte Hoffnung gegenüber, daß der Führer noch einen Ausweg finden werde, und etwa der Einsatz einer Wunderwaffe die Wendung im Kriege herbeiführen könne.

Es geschah jedoch kein Wunder, sondern das Volk erlebte den totalen Zusammenbruch des Reiches. Die Enttäuschung war grenzenlos, die Wirkung auf die nationalsozialistische „Weltanschauung“ katastrophal. Es ist eines der erstaunlichsten und in mehreren Fällen sich wiederholenden Phänomene des blutigen 20. Jahrhunderts, daß hochgezüchtete und geistesmächtig erscheinende, für die Ewigkeit gelten wollende Ideologien von einem Tag auf den anderen in Nichts zergingen. Dieser Vorgang hatte nichts Erfreuliches und Erlösendes an sich, wie man vermuten könnte. Er vollzog sich mit Angst und Schrecken erregender Konsequenz und trug mitunter die Züge hintergründigen, schwarzen Humors: Die bisher fast religiös verehrten Bilder der führenden Männer verschwanden von den Wänden mitsamt den Sprüchen, Treuebekennnissen und Durchhalteparolen und landeten in der Kanalisation. Die braunen Uniformstücke samt Dolchen, Säbeln Koppeln, Achselstücken und Ehrenzeichen wurden verbrannt oder vergraben, die völkische Literatur und die reichen Bestände an Fahnen und Transparenten ebenfalls, dazu die Parteibücher, Fotos, Liederhefte und ähnliches. Dem folgte die schleunige Umstellung der Programme in Theatern, Konzerten und Kinos, die Vernichtung von Büsten, Gemälden und Gedächtnistafeln und – nicht weniger erstaunlich – ein gleichzeitiges sofortiges Umschwenken sämtlicher Medien in Schrift, Bild und Ton. Welcher Wechsel der Gefühle, welche Umschichtung des Geistes, welcher Wandel der Anschauungen verbargen sich hinter diesen Handlungsweisen? Es war die Eigenart totalitärer Herrschaft gewesen, daß sie das ganze Volk einem politischen Meinungszwang unterworfen hatte. Die schlimme Folge war, daß nach mehrjährigem

Bestand des Staates jeder einzelne auf irgendeine Weise dem Regime zu Willen gewesen war oder sich ihm gegenüber zumindest als loyal gesinnt ausgegeben hatte. War dies nur Heuchelei gewesen, oder war es Heuchelei, sich von dem bisherigen Verhalten nachdrücklich zu distanzieren?

III. Von der NS-Diktatur zur Demokratie oder kommunistischen Diktatur

Umgekehrt gesehen, hatten sich die auf das NS-Regime folgenden Regierungen (im Westen die Demokratie, im Osten der kommunistische Staat) nach 1945 mit der Aufgabe zu befassen, den Volkskörper von den Wirkungen des Nazismus zu reinigen. Es setzte das ein, was mit einem wunderlichen Wort die „Entnazifizierung“ oder „Denazifikation“ genannt wurde. Ziel, Ausmaß und Methode dieser Maßnahme ist, was Theorie und Praxis betrifft, schwer zu konzipieren. „Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt“, war sich die nunmehrige Regierung in vielen Fällen über ihr Vorgehen nicht klar. Fehler, die dabei möglich waren, drohten üble Auswirkungen auf das Volksganze zu haben. Historische Vorbilder existierten kaum. Allenfalls konnte die Art, in der die Nazis nach 1933 **ihren** Staat befestigt und gegnerische Personen bekämpft hatten, als „Vorbild“ im negativen Sinne dienen und die populäre Ansicht begründen: So, wie die es gemacht haben, machen wir es auch! Zumal im kommunistischen Osten resultierten daraus scharfe Maßnahmen gegen alles, was im vorigen Staate Rang und Namen gehabt hatte. Dem stand bei einem großen Teil der Bevölkerung, vor allem bei denen, die sich dem Nationalsozialismus unterwürfig gezeigt hatten, die andere Auffassung gegenüber: Man wolle es doch nun gerade **besser** machen als die Nazis und das sture Parteibuchdenken vermeiden. Ergebnis dieser Gegensätzlichkeit der Standpunkte war ein differenziertes Vorgehen, welches immer im Blick auf die Gesamtheit des Volkes und die Schwierigkeiten des Staates beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des zerstörten Landes zu verschiedenen Ergebnissen führte. Fest stand, daß die Sanktionen nach Rang und Einfluß und der Schwere des Verschuldens des Angeschuldigten verschieden ausfallen mußten: von der Bestrafung an Leib und Leben über Entfernung aus dem öffentlichen Dienst und Verweigerung künftiger Beschäftigung, Wohnungsbeschlagnahme, Vermögenszug bis zur gesellschaftlichen Ächtung. Gewisse äußerste Sanktionen waren nach Mentalität des überwiegenden Teiles des Volkes ausgeschlossen, fanden aber nach dem Willen der Besatzungsmacht in beschränktem Umfang Anwendung: die Inhaftierung in Konzentrationslagern (wozu ein Teil der nazistischen Lager wiederum für die Aufnahme von nazistischen Funktionären Verwendung fand). **Nicht** übernommen wurde – auch das verdient festgehalten zu werden – die Ächtung von einzelnen Personen durch Abzeichen (wie das Tragen des Judensterns in der NS-Zeit oder das Führen von Vornamen, die auf die rassistische Andersartigkeit hinwiesen).

Die Differenzierung der Maßnahmen gegen die früheren Machträger bedingte eine genaue Prüfung des Verschuldens dieser Personen. Die kollektive Bestrafung lediglich nach gewissen allgemeinen Merkmalen verbot sich aus Gründen der Gerechtigkeit. Ein revolutionäres, massenweises Racheüben an wahllos herausgegriffenen Menschen ebenfalls. Es gab allerdings Stimmen, die eine solche „Säuberung“ durch blutige Vergeltung im stillen für besser gehalten hätten als die bürokratische Sortierung, Auswahl und Bestrafung einzelner, die nunmehr stattfand. Diese Maßnahmen erforderten eine umfangreiche Installierung von judizierenden Gremien („Spruchkammern“), einen gesetzlichen Katalog von Maßnahmen und die gewissenhafte Auseinandersetzung mit den Einwendungen, die von seiten der diskriminierten Personen vorgebracht wurden.

Die größte Schwierigkeit bestand darin, daß den im nazistischen Sinne aktiven Personen ihre Aktivität nachgewiesen werden mußte, gleichzeitig aber eine allzu

strenge Auslese unter den Nachkriegsmenschen zu vermeiden war. Es erwies sich ferner, daß auch und gerade viele Fachleute, Spezialisten und hochgeschätzte Wissenschaftler und Künstler durch Mitgliedschaft in der NSDAP und Äußerungen in den Medien ihre Loyalität zum Regime bekundet hatten, diese aber nun heftig abstritten. Ihre Anzahl war so groß, daß ihr plötzlicher Wegfall eine Gefahr für den Staat gewesen wäre.

Aber auch für den kleinen Mann und „Volksgenossen“ war die Lage in hohem Maße prekär. Der einzelne Bürger verstand die Notwendigkeit der Säuberung bei den **anderen**, nicht so sehr bei sich selber. Er arbeitete vor allem mit dem Argument, daß er doch persönlich überhaupt keinen Einfluß auf das Ganze – weder auf die ideologische Ausrichtung noch auf die militärischen Entscheidungen und erst recht nicht auf die Untaten gehabt habe, die von der Propaganda bisher verheimlicht und erst nach Beendigung des Krieges in bestürzender Weise bekannt geworden waren. Da die Berechtigung dieser Argumentation prinzipiell nicht bestritten werden konnte, war es nötig, in der Schwere der politischen „Belastung“ Unterschiede zu machen. Eine gewisse Stufenleiter der Vorwerfbarkeit war zu beachten. Am übelsten angesehen waren die Angehörigen der SS. Schwerbelastet waren ferner die Inhaber führender Posten in allen Gliederungen. Als belastet galten auch die einfachen Mitglieder der NSDAP. Eine Unterteilung in die vor 1933 Eingetretenen und in die später Hinzugekommenen schien sachgemäß. Der Einwand, daß diejenigen, die erst während des Krieges Parteimitglied wurden, die größere Schuld auf sich geladen hätten, weil sie *trotz* der inzwischen bekanntgewordenen Verbrechen der Partei und nicht wie die „Alten Kämpfer“ in gutem Glauben an deren Integrität Mitglied geworden seien, wurde nicht beachtet, ist aber typisch für die Schwierigkeit der Beurteilung. Die „unterhalb“ der Partei befindlichen Organisationen galten für die überschlägige Abschätzung als weniger suspekt: SA, NSKK, HJ, BDM, Jungvolk und eine Fülle von Berufsverbänden, wie Beamtenbund, Bauernbund, Ärztenbund, Lehrerbund, Studentenbund und ähnliche – den Nachweis leitender Funktionen und besonderer aktivistischer oder krimineller Betätigung immer vorbehalten. Mit Erfolg praktiziert wurde diese Taktik der Abwiegung übrigens von der Mehrzahl der Vertriebenen, denen die Zugehörigkeit zu den NSVerbänden mangels vorhandener Unterlagen nicht nachzuweisen war und die daraus ein geringes Plus in ihrer schlimmen Situation gewannen.

Die unter Beachtung solcher Differenzierung anlaufende, in den verschiedenen Besatzungszonen verschieden gehandhabte *Entnazifizierung* ging, wie zu verstehen ist, nicht ohne Widerstand der Betroffenen vonstatten. Auch die Gründe, die von den Angeschuldigten zu ihrer Entlastung vorgebracht wurden, weisen eine gewisse Gliederung und Rangfolge auf. Diese beweisen die Kompliziertheit der Situation und lassen sich etwa wie folgt klassifizieren.

1. Was die SS anbelangte, so konnte die Mitgliedschaft meist nicht bestritten werden, weil die Angehörigen unter der Schulter eine Tätowierung tragen mußten. Nur die Angehörigen der „Waffen-SS“ konnten sagen, daß sie nicht aus weltanschaulichen Gründen oder weil sie für diese Truppe als besonders geeignet befunden worden waren, sondern im Wege der einfachen Aushebung unter die Fahne gerufen wurden. Eine Anzahl weiterer Mitglieder war mit reinen Verwaltungsaufgaben (Zahlmeister, Proviantbeschaffung, technischen Arbeiten) betraut gewesen, wie man sie auch in anderen Einheiten kannte. Auch diese blieben möglicherweise unbehelligt.

2. In der NSDAP war es die große Gruppe der „nominellen“ Mitglieder, die jede weltanschauliche Bindung nachträglich heftig leugnete und zu ihrer Entlastung vorbrachte, daß sie „nur“ aus geschäftlichen Interessen und weil es für ihr berufliches Fortkommen unumgänglich gewesen sei, in die Partei eingetreten seien. Wiederum entstand für die nachträgliche Gesinnungsprüfung die schwierige Frage, wer verwerflicher gehandelt hatte: der alte überzeugte Nazi oder der später hinzugekommene „Opportunist“ und „Karrierist“.
3. Unter etwa den gleichen Gesichtspunkten wurde die Mitgliedschaft in der SA gewertet. Diese Formation hatte nach der Röhm-Revolution und der Ermordung ihrer Führer sehr an Bedeutung verloren. Auch hier galt jedenfalls die Unterscheidung zwischen formeller Mitgliedschaft und der Innehabung von Führungspositionen.
4. Für *alle* Formationen – die bisher genannten wie auch die übrigen (Hitlerjugend, Bund Deutscher Mädel, Jungvolk und die zahlreichen Berufsverbände) erwies sich ein anderes Argument als hilfreich. Die Mitglieder erklärten, den Beitritt nicht aus freien Stücken, sondern unter Druck und Zwang vollzogen zu haben. Dieser Druck und Zwang sei persönlicher, dienstlicher und allgemein gesellschaftlicher Art gewesen. Man habe sich ihm trotz anfänglicher Gegenwehr nicht entziehen können.
5. Zu diesen (sofern sie *bewiesen* werden konnten) einigermaßen wertvollen Entlastungsgründen kamen solche, die schon vom bloßen Ansehen her nicht überzeugend und daher für eine „Entnazifizierung“ ungeeignet waren. Es wurde behauptet, daß man die Pflichten, die einem durch die Mitgliedschaft in den Organisationen auferlegt waren, überhaupt nicht oder nur saumselig erfüllt habe. Man habe sich zum Beispiel vom Dienst gedrückt, so gut man konnte, sei die Beiträge schuldig geblieben, habe bei öffentlichen Sammlungen nichts gegeben, habe das Parteiabzeichen nie am Revers getragen, habe nicht geflaggt, wie es die Vorschrift war, habe den Deutschen Gruß nicht oder nur mit nachlässiger Gebärde ausgeführt und habe als Parteigenosse weiter in jüdischen Geschäften gekauft. Wenn man dagegen eine Verwarnung oder Maßregelung erhalten hatte und vorlegen konnte, so war das für die Wirksamkeit des Einspruchs von zusätzlichem Wert. – Zu alledem kam eine Erwägung, die nicht einfach von der Hand zu weisen war, weil sie den Kern der totalitären Staatsauffassung berührte. Man habe, so sagten die Betroffenen, insbesondere die an gehobenen und einigermaßen einflußreichen Stellen tätig Gewesenen, nur unter der Voraussetzung, daß man zumindest *Parteigenosse* gewesen sei, etwas zur Milderung des Kurses und zur Einschränkung der größten Auswüchse des Verhaltens des Regimes tun können. Für einen Außenstehenden sei das von vornherein ausgeschlossen gewesen.
6. Größte Wirkung hatte es, wenn jemand vorbringen konnte, er habe verfolgte Personen (Juden, Ausländer, Zigeuner) versteckt, unterstützt oder ihnen zur Flucht ins Ausland verholfen; denn in der Tat hatten Leute, die solches getan hatten, auch für die eigene Person und Existenz „viel riskiert“.

Für alle diese, hier nur in groben Umrissen wiederzugebenden Entlastungsgründe mußten Urkunden und Zeugenaussagen beigebracht werden. Statt der „*arischen*“ –

so lautete ein geläufiger Witz – war nun die „*proletarische* Großmutter“ gesucht. Eine umfangreiche Sammlung von Erklärungen, Bescheinigungen und sonstigen Nachweisen fand statt, die den mit der Entnazifizierung befaßten Stellen die erwünschten sicheren Beweise in der Flut der bloßen Behauptungen boten. Was im einzelnen vorgebracht wurde, war in seiner Einfalt mitunter erschreckend. Einem Pg. und Reserveoffizier wurde bescheinigt, daß er es verstanden habe, sich vom Wehrdienst zu drücken, weil er nicht für Hitler und seine Spießgesellen kämpfen wollte. – Der Leiter eines SA-Musikzuges betonte, daß er mit seinen Leuten beim Einmarsch der Roten Armee fröhliche Weisen gespielt habe. Daran ersehe man doch, daß er kein Nazi gewesen sei. – Viele erklärten, daß sie nur aus geschäftlichen Gründen in die Partei eingetreten seien und sich dort völlig passiv verhalten hätten. – Der Umgang mit diesen Fakten und Erklärungen bildete die Arbeit der (länderweise verschiedenen) Entnazifizierungsbehörden.

Zu diesen Bemühungen um Tilgung und Entschuldigung des *bisherigen* Verhaltens kam – wie in den Jahren nach 1933 – eine Taktik der positiven Unterstützung der *neuen* politischen Bewegung, eine „Flucht nach vorn“ gewissermaßen. Wiederum bot sich als Nachweis einer neuen Gesinnung der Eintritt in die, einerseits demokratischen, andererseits revolutionären *Parteien*. Im „Westen“ waren dies die bekannten, auch heute noch bestehenden, staatstragenden Organisationen wie CDU, CSU, SPD, FDP. Im Osten waren es KPD und SPD, später in SED zusammengeschlossen, sowie mehrere quasibürgerliche Parteien und neutrale Verbände.

Die Entschiedensten unter den „politisch denkenden Menschen“ versuchten 1945 und 1946, in die KPD zu gelangen, in der richtigen Voraussicht, daß allein von daher die künftige Politik des Staates bestimmt werde. Die anderen, ebenfalls politisch kalkulierenden, aber einen so radikalen Wechsel als peinlich empfindenden Bürger bevorzugten SPD, LDP und CDU. Wie im Dritten Reich stand noch eine Reihe von kulturellen und berufsbedingten Verbänden zur Verfügung, die ebenfalls Zulauf erhielten.

Die weitere Entwicklung ist bekannt. Was sie psychisch, gesinnungsmäßig und in ihrer Wirkung auf das Selbstgefühl des einzelnen bedeutet, ist kaum näher untersucht worden.

Wenn erwachsene Bürger innerhalb von etwa zwei Jahren den Glauben an die völkische Weltanschauung, an den Vorrang der arischen Rasse und des deutschen Wesens und an die Omnipotenz eines heilbringenden Führers ablegen und statt dessen die Bevorrechtigung der Arbeiterklasse, den Sieg der Weltrevolution und die Richtigkeit der ökonomisch-philosophischen Gedanken eines jüdischen Gelehrten aus dem vorigen Jahrhundert für allein zutreffend halten, dann ist dies ein Faktum, das Politikern, Wissenschaftlern und Laien eigentlich „die Sprache verschlagen“ müßte. An einem solchen geistigen Erschrecken über den Wandel der Gesinnung hat es aber durchaus gefehlt. Die Sorge um die eigene Existenz stand weit höher als die Bemühung um Prinzipientreue und Wahrung des Ansehens bei der Umwelt. – Die Situation ist übrigens nicht viel anders, wenn der Wechsel zugunsten einer demokratisch-parlamentarischen Regierungsweise erfolgt. Hier mußte anstelle der Verwirklichung des „Führerprinzips“ plötzlich die Überzeugung treten, daß aus dem Zusammenspiel der parlamentarischen Kräfte eine richtige, humane, für alle Staatsangehörigen nutzbringende Politik hervorgehe.

Man kann auf verschiedene Weise versuchen, dieses politologisch stupende Geschehen zu erklären. Aber alle diese Erklärungsversuche sind so beschaffen, daß sie das Unbehagen des späteren Beobachters nicht beseitigen, sondern noch verstärken.

1. Man kann die Personen, die einen solchen Wechsel vollziehen, kurzerhand für verachtenswerte Opportunisten, Wendehälse oder Karriereritter erklären, die für das übrige Volk das denkbar schlechteste Beispiel bilden. Dies mißlingt aber im Hinblick auf die sehr große *Anzahl* dieser Menschen, die man nicht alle als negative Elemente betrachten kann, weil sie mit ihrem weiteren Verhalten, zumindest mit ihren finanziellen und arbeitsmäßigen Beiträgen, den *neuen* Staat und seine Organisationen stützen und tragen. Es finden sich übrigens sehr renommierte Personen unter ihnen, die sich nun aufgrund ihrer „politischen Erfahrung“ unter neuen Verhältnissen unentbehrlich machen.
2. Man darf es – auch wenn es schwer zu glauben ist – grundsätzlich nicht ausschließen, daß, nachdem sich eine „Weltanschauung“ als ungeeignet für die Erhaltung des Staates erwiesen hat, sich die Menschen eines Besseren besinnen und von nun an einem anderen Ideal dienen wollen. Hinter dieser Auffassung baut sich, was die parlamentarischen Parteien betrifft, eine sehr grundsätzliche Problematik auf. Wie hat man sich denn eigentlich die Stellung des Bürgers zu einer Partei idealerweise vorzustellen? Begründet die Mitgliedschaft oder auch nur die Wahl einer Partei die moralische Verpflichtung, auch für alle Zukunft diese Partei zu favorisieren? Muß dann ein späteres Ausscheren oder Umschwenken des Wählers als treuwidrig und verachtenswert angesehen werden? Oder ist „der Bürger“ eine übergeordnete, neutrale Instanz, so daß er je nach dem politischen und wirtschaftlichen Erfolg der Partei seine Gunst einmal der einen oder einmal der anderen Richtung zuwenden darf –wodurch dann überhaupt erst ein innenpolitisches „Leben“ entsteht? Diese Frage ist bis heute unbeantwortet geblieben.
3. Die kühlen Pragmatiker unter den Wissenschaftlern – diese Meinung muß allerdings zur Kenntnis genommen werden – finden den Wechsel der Ideologien gar nicht weiter erstaunlich, weil beide Richtungen nur Spielarten des „Totalitarismus“ darstellen, der sich im neuen Staate „mit umgekehrtem Vorzeichen“ fortgesetzt habe. Diese Erklärung wird von den „Chefideologen“ beider Bewegungen heftig bestritten. Sie leuchtet dem objektiven Beurteiler wohl auch nur insoweit ein, als sie die Form und Methode der Machtausübung betrifft. Die *Inhalte* der beiden Lehren sind kaum in Übereinstimmung zu bringen. Um so weniger ist aber vom einzelnen (nicht immer gebildeten und philosophisch geschulten) Bürger zu erwarten, daß er in seinem Bewußtsein eine Harmonisierung beider Richtungen vollzieht. Er wird sich ohne Bedenken der anderen Richtung anschließen.
4. Eine sehr verbreitete Meinung wird sich über diese Erwägungen überhaupt hinwegsetzen. Sie wird erklären, die ideologische Indoktrination, von welcher Seite sie auch ausgehe, sei gar nicht so wirkungsvoll wie von ihren Urhebern gewünscht. Sie reiche nicht sehr tief in das Bewußtsein des einzelnen hinein und sei infolge dessen auch leicht durch andere Doktrinen zu ersetzen. Diese Erklärung hat viel für sich. Das Volk hat von all den wissenschaftlich sehr ernst genommenen und den Hauptgegenstand der politologischen Diskussion bildenden Daten, Argumenten und Lehrsätzen wenig Ahnung und infolge dessen keine Schwierigkeit, diese Sätze gegen vorige und künftige Doktrinen auszutauschen, von denen es dann ebenso wenig Ahnung hat.

Allerdings ist dann zu fragen, was an politischen Grundsätzen und Leitgedanken in Geist und Seele der Staatsbürger als *Normalbestand* vorhanden ist, was sich über die mehrfachen Wechsel der Staatsauffassungen erhalten hat und womit eine gegenwärtige, wohlmeinende und frühere Fehler vermeiden wollende Regierung rechnen könnte. Das müßte sich in jüngster Zeit, also gerade in den Jahren nach 1989 erwiesen haben.

IV. Von der kommunistischen Diktatur zur Demokratie

Denn wiederum „mit umgekehrtem Vorzeichen“ mußte das politische Verhalten der Bürger der früheren DDR in den Jahren nach 1990 untersucht werden, nachdem hier durch den Zusammenbruch der Staatsmacht dieselbe Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der bisher allein gültigen, nunmehr als falsch erkannten Ideologie eingetreten war. Der Wechsel vollzog sich im Äußeren „friedlicher“ als der von 1918 oder 1945. Im Bewußtsein des einzelnen Bürgers jedoch – das stellte sich bald heraus – wurden die Veränderungen oft ebenso schmerzlich empfunden, wie es seinerzeit bei den älteren Generationen der Fall war. Die „Wende“ wurde vom Denken vieler Betroffener nicht oder nicht vollständig bejaht, so daß Reste der kommunistischen Anschauung noch zehn Jahre danach festzustellen sind. Offiziell und im geistigen und medialen Leben allerdings war die völlige Umkehr der Gesinnung aus einem Extrem in das andere wiederum erstaunlich. Nicht viel anders als nach 1945 verschwanden schlagartig alle Erkenntnisse, Sentenzen, Sprüche und Verhaltensregeln, die bisher das Feld beherrscht hatten, überraschend aus dem öffentlichen und privaten Leben. Die riesenhafte und mit größten organisatorischen und finanziellen Anstrengungen unterhaltene Lobpreisung dessen, was als „Marxismus-Leninismus“ das politische Glaubensbekenntnis bildete, fiel von einem Tag auf den anderen weg. Ämter, Institute, Akademien, Fakultäten verloren ihre Bedeutung. Für die Verehrung dessen, was vordem mit größter Intensität propagiert worden war, ließ sich keine Stimme mehr vernehmen und setzte sich keine fleißige Feder mehr in Bewegung. Die hochberühmten Wissenschaftler, Autoren, Dichter, Dramatiker und Kommentatoren „tauchten ab“, machten sich unsichtbar. Was mit wissenschaftlicher Gewißheit auf den Spuren der großen Wirtschaftsphilosophen vorausberechnet war, schien plötzlich obsolet geworden und dem vertrauenden Volke vorher nur spaßeshalber mitgeteilt worden zu sein. Selbst das hilfreiche Argument, daß die Wende nur ein zeitbedingter Rückschlag auf dem Wege zum Sozialismus gewesen sei und daß sich später alles noch im Sinne der alten Doktrin entwickeln werde, wurde nicht verwendet. Nein – Schluß – aus – tut uns leid – waren selber im Irrtum – wurden von der „Führungsmacht“ im Stich gelassen – vorbei – rette sich, wer kann!

Dieser Einstellung entsprach von Seiten der neuen Regierung ein weitaus behutsameres Vorgehen gegenüber den bisherigen Potentaten, als es diese gegenüber *ihren* Gegnern gezeigt hatten. Der Entnazifizierung folgte nach 1990 keine „Entkommunifizierung“. Die Säuberungsmaßnahmen beschränkten sich hauptsächlich auf die strafrechtliche Verfolgung begangener Verbrechen. Auch hier ergaben sich noch große juristische Schwierigkeiten, die bis heute als juristische Problemfälle mit rein fachlichem Interesse erörtert werden. Auch war nicht zu übersehen, daß die geistige und wirtschaftliche Situation der einzelnen Menschen insofern eine andere war, als das totalitäre Regime nicht 12, sondern 45 Jahre bestanden hatte und während dieser Zeit eine ganze Generation Menschen gewechselt hatte und übrigens eine Verurteilung durch die öffentliche, insbesondere ausländische Meinung noch weniger deutlich zu bemerken war als dem NS-Regime gegenüber.

Die Verteidigung des einzelnen, auf die es hier vor allem ankommen soll, vollzog sich im wesentlichen nach demselben Muster, wie es nach 1945 bei der vorigen Generation verwendet wurde. Die Zugehörigkeit zu den inkriminierten Verbänden (Partei, Staatssicherheitsdienst, Betriebskampfgruppen) wurde bis zum Beweise des Gegenteils bestritten. *Wenn* die Zugehörigkeit klar war, berief sich der Beschuldigte wiederum darauf, daß er nur nominell und zahlenderweise Mitglied gewesen sei, daß er durch gesellschaftlichen Zwang und mit Rücksicht auf sein berufliches Fortkommen „mitmachen“ mußte, daß er von den Untaten des Regimes und des großen Bruders im Osten nichts gewußt habe, daß er, was ihn selbst betraf, auf höheren Befehl der Partei oder der Besatzungsmacht handeln mußte und daß ihm persönlich keine aktivistische oder sonst ideologisch herausragende Betätigung vorzuwerfen sei. Die Zugehörigkeit zu den sonstigen Formationen, die hier in ebensolcher Menge bestanden wie bei der Generation im Dritten Reich, blieb, wenn es sich nicht um Spitzenfunktionen handelte, von vornherein außer Betracht. Noch stärker als 1945 ging der Wille der Regierung dahin, den wirtschaftlichen Neuaufbau nicht durch allzu einschneidende personelle Maßnahmen zu behindern, sondern sich die Mitarbeit der vorhandenen Fachkräfte nach Möglichkeit zu erhalten.

V. „Sprachregelungen“ und Fazit

Der geschilderte Wechsel der politischen Einstellung in den angeführten vier Etappen ging übrigens jedesmal mit einer ebenso dezidierten und mit den Systemen wechselnden *Sprachregelung* und einer ebenso wechselnden *kulturellen Orientierung* einher, die jedenfalls in deutschen Landen sehr gewissenhaft beachtet wurden. Und zwar war diese Handhabung nicht nur eine Frage wissenschaftlicher Korrektheit, sondern es war für das Leben jedes einzelnen existentiell wichtig, die entsprechenden Begriffe zu verwenden oder zu vermeiden, um nicht Nachteile des Ansehens und der politischen Einschätzung zu erleiden.

In der „Weimarer Republik“ trat diese Konsequenz noch nicht so deutlich in Erscheinung. Die Verehrung des früheren Königshauses, des Militärs und der christlichen Religion war kein Grund für die öffentliche Benachteiligung der Betroffenen.

Im Dritten Reich jedoch war es von großer Wichtigkeit, sich an „Sprachregelungen“ und rechtsextreme Anschauungsweisen zu halten, jüdische Autoren, Wissenschaftler, Komponisten, Schauspieler, Künstler – auch solche von höchstem Rang – nicht mehr zu zitieren, zu rühmen oder über sie zu schreiben. Auch der „Kulturbolschewismus“ in Werken vieler Literaten oder bildenden Künstler der Neuzeit war verfehmt, die „Entartete Kunst“ ebenso. Das Römische Recht war in der juristischen Ausbildung in den Hintergrund gerückt. Der gesamte Marxismus mit seinen Erkenntnissen und Wirkungen existierte nicht mehr. Auch pazifistische Gedanken konnten nicht mehr vorgebracht werden. Alle diese Stoffe und Inhalte hatten nur als Zielscheibe abwertender Kritik zu dienen.

Ab 1945 aber galt das Gegenteil, sowohl im Westen wie auch, noch stärker betont, im Osten des Landes. Die einfachste politische Logik als Folge eben der totalitären Bestrebungen schien zu gebieten, daß alles das, was die Nazis gepriesen hatten, zu meiden, und das, was sie bekämpft und verachtet hatten, zu erheben war. Dementsprechend mußten alle „nationalen“ Stücke, Filme, Bücher – auch der Begriff „Vaterland“ selbst – aus dem Wort- und Gedankenschatz der Deutschen verschwinden. „Rechte“ Autoren wurden mißachtet, ebenso bildende Künstler dieser Art. Dafür gewannen die jüdischen Autoren und Künstler wieder großes Ansehen, mitsamt den „Zwanziger Jahren“, die nun als die „goldenen“ gepriesen wurden. Und kein Wort mehr von Rasse, Blut, Sieg, Ehre, Arterhaltung, und keine Weihegesänge, keine Sprechchöre oder völkischen Lieder und kein „Badenweiler“ oder

„Sudetenländer“ Marsch. Möglichst waren auch solche Begriffe zu meiden, die zwar objektiv zur Kennzeichnung der Realität nötig waren, die aber durch den nazistischen Gebrauch beschmutzt und entwertet schienen: „Führer“, „Gefolgschaft“, „Gemeinschaft“, „Mutterschaft“, „Blut und Boden“, „Rasse“, „Weltanschauung“, „Siegeswille“ oder die Sprüche „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ oder „Recht ist, was dem Volke nützt“. Dafür mußten Weimar, Leipzig, Dresden nicht mehr in „Mitteldeutschland“, sondern in „Ostdeutschland“ liegen und der Verlust der früheren Ostgebiete zur Kenntnis genommen werden. Für Andersdenkende standen eilends geschaffene abwertende Begriffe wie „Kalter Krieger“ oder „ewig Gestriger“ zur Verfügung. Diese nahmen denselben Platz ein wie seinerzeit die Worte „Meckerer“, „Miesmacher“, „Brunnenvergifter“ und „Defätist“.

Aber dieser Zeit folgte eine weitere Epoche, die wiederum eine neue Sprachregelung erforderte. Die „Wende“ brachte das Verschwinden des Kommunismus aus der Regierung der „neuen Länder“ und damit auch das Verschwinden der kommunistischen Leitbegriffe. Zwar fand der Wechsel der Systeme vernehmbare Kritik. Zwar gibt es eine Nachfolgepartei der alten SED. Aber vom „Marxismus-Leninismus“, von „Ausbeutung“, „Imperialismus“, „Mehrwert“, „Monopolkapitalismus“, „Klassenfeind“, „Konterrevolution“, „Abweichlertum“, „Sozialdemokratismus“ ist keine Rede mehr. Vom Vertrauen auf die „Arbeiterklasse“ oder das „Proletariat“ ebensowenig. Lenin und Stalin, Liebknecht, Luxemburg, Thälmann, Breschnew, Chrustchow, Dserschinskij kommen als Gewährsleute nicht mehr in Betracht. Die Arbeiterdichter und staatlich geförderten Poeten sind nicht mehr vernehmbar. Das Notenwerk „Aufforstung in Sibirien“ von Schostakowitsch wird kaum noch zu Gehör kommen. Auch die Lieder und Gedichte, angefangen von der „Internationale“ bis zu den Gesängen, daß die Partei immer recht habe, der Bruder ein Traktorist in Sachsen sei und „Die junge Garde des Proletariats“ nach der Melodie des Andreas-Hofer-Liedes marschierte, sind verklungen.

Ein weiteres, in der Öffentlichkeit wenig diskutiertes, dem Bewußtsein des Bürgers sich jedoch nachhaltig einprägendes Beispiel für neue Sprachregelungen bildet die Art, wie man Städte, Straßen, Plätze, Parks, Universitäten, Schulen, Sportforen und ähnliche für die Allgemeinheit bestimmte Stätten nach Willen der jeweiligen Regierungen einmal oder mehrfach um- oder zurückbenannte. Es begann in den Jahren nach 1918, als die Bezeichnungen „kaiserlich“ und „königlich“, „Prinz“ und „Prinzessin“ zur Kennzeichnung von Gebäuden und Einrichtungen gelöscht und meistens durch die Worte „Staats-“ oder „staatlich“ ersetzt wurden. Desgleichen wurden Münzen, Geldscheine und Briefmarken nicht mehr mit Bildern oder Reliefs von Fürstlichkeiten versehen. Auch Ansichtskarten, Spielkarten, Kinderspiele und ähnliches trugen nicht mehr solche Portraits.

Die gleiche Tendenz waltete nach 1933 in verstärktem Maße. Hier setzte eine Welle der Umbenennungen im Sinne des Nationalsozialismus und seiner führenden Persönlichkeiten ein. Nicht zu zählen die Haupt-, Dorf-, Bahnhofs-, oder nach Städten und Ländern benannten Straßen und Plätze, die nun nach *Adolf Hitler*, *Hermann Göring*, *Rudolf Heß*, *Robert Ley* und anderen Größen der völkischen Bewegung (nicht so sehr nach *Goebbels*, sonderbarerweise) benannt wurden. Auf den Briefmarken erschien statt *Hindenburg* nunmehr *Hitler*. Nicht für lange Dauer, wie man weiß; denn nach 1945 bemühten sich Stadträte und Gemeindevertretungen, die nazistischen Benennungen wieder zu beseitigen. An die Stelle der nationalen Herren traten im Westen des Landes wiederum die Namen von früher, in den sowjetisch besetzten Gebieten nunmehr die Helden der Linken: *Marx* und *Engels*, *Lenin* und *Stalin*, *Bebel*, *Liebknecht* und *Luxemburg*, *Thälmann* nebst vielen

Arbeiterführern, Frauenrechtlerinnen oder Verfolgten der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien.

Aber auch dem Andenken dieser Personen war keine lange Dauer beschieden. Nach 1990 begann in den neuen Bundesländern eine erneute große Umbenennungsaktion, meistens mit dem Ziel, die alten, vornazistischen Namen wieder einzuführen. Dies geschah im großen Ganzen nicht so heftig und konsequent, wie die Maßnahmen nach 1933 und 1945 gewesen waren. Oftmals blieben vereinzelt Männer und Frauen, soweit sie der Weltgeschichte angehörten, im geistigen Besitze ihrer Straßen und Plätze, so daß *Marx, Engels, Bebel, Liebknecht* (die Gesichtspunkte, nach denen diese Auswahl erfolgte, sind weitgehend ungeklärt) ihre Ehrung behielten, wenn auch nicht immer in letzter Konsequenz. Die Industriestadt Chemnitz zum Beispiel legte den ihr aufgedruckten Namen „Karl-Marx-Stadt“ eilends ab. Den überlebensgroßen Kopf des Theoretikers der Weltrevolution aber ließ sie auf öffentlichem Platze als Sehenswürdigkeit stehen.

Alle diese Erscheinungen mögen von geringerer Bedeutung gegenüber den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Erfolgen und Verlusten scheinen. Für die hier behandelte Frage nach dem geistigen und seelischen Befinden der Bürger sind sie jedoch von Wichtigkeit. Was sollte „der deutsche Mensch“ nun eigentlich glauben, lieben, hassen, für schön befinden oder ablehnen? Wie sollte er nach den Worten des Dichters „seine Seele halten“? Die Auskunft, daß es nach dem herrschenden „Pluralismus“ jeder machen könne, wie er wolle, scheint nicht genügend und dem betreffenden Stadtrat, der sich modern, fortschrittlich und im Sinne neuer Bewußtseinsbildung verhalten möchte, nicht hilfreich.

Das Problem mündet – seine Tiefe und Schwierigkeit erneut beweisend in eine weitere Zweifelsfrage: Bestehen eigentlich gültige und bleibende Grundsätze des politischen Verhaltens, die gerade den rigorosen totalitären Herrschaftsweisen gegenüber ins Feld geführt werden müßten, und die nicht nur von den mächtigen *Organisationen, sondern eben und gerade auch vom schlichten Bürger beachtet und „gelebt“ werden könnten? Man wird sagen müssen, daß solche moralischen Grundsätze in politicis durchweg zu vermissen sind und daß dieses Fehlen nicht nur ein philosophisches Problem, sondern ein praktisches Defizit im Zusammenleben der Völker ist. Oder lassen sich solche Prinzipien wenigstens für die Zukunft erkennen? Wie sollen sich der einzelne Bürger und die einzelne Bürgerin künftig politisch verhalten, damit der Staat zum Guten tätig werde und spätere Vorwürfe gegen das Volk und den einzelnen ausgeschlossen bleiben?*

Sicher scheint zu sein, daß dem Bürger *nicht einfach befohlen* oder empfohlen werden kann, er möge gegen totalitäre Regime *Widerstand leisten. Denn es hat sich an vielen Beispielen gezeigt, daß ein solcher Widerstand einzelner gut gesinnter Menschen dem staatlichen Machtapparat gegenüber vergeblich war und zu tragischen Folgen für den einzelnen führte. – Man kann auch den Befehl zum moralischen Handeln nicht in der Weise vorverlegen, daß dem Bürger anheim gegeben würde, die Aufrichtung totalitärer Macht überhaupt zu verhindern; denn diese Aufrichtung und spätere Befestigung der Macht erfolgt durchweg mit ziviler oder militärischer Gewalt* und kann vom einzelnen Bürger weder vorhergesehen noch aufgehalten werden.

Erst recht würde es schwierig sein, ein solches moralisches Gebot während der *Dauer* der totalitären Herrschaft zu befolgen. Richtig ist zwar, daß das Regime einem energisch vorgetragenen entgegengesetzten Willen des Volkes wahrscheinlich nicht widerstanden hätte. „Wenn sie nicht alle mitgemacht hätten“, so heißt es dann einleuchtenderweise, „hätten die oben nichts ausrichten können.“ Wie aber wäre ein solcher allgemeiner Wille in ein Handlungsgebot für das *Individuum* umzusetzen

gewesen? Der Bürger und die Bürgerin müßten sich auch der harmlosesten Zustimmung zum Regime enthalten. Sie müßten jedes „Zujubeln“ unterlassen, zu keiner Versammlung gehen, kein politisch angetöntes Theater- oder Kinostück besuchen, sich bei allen Spendenaktionen ausschließen, müßten Gattenwahl und Kinderaufzucht so betreiben, daß keine Förderung des Regimes damit verbunden wäre, müßten in Kauf nehmen, daß auch schon ein „neutrales“ Verhalten von den Funktionären der Partei als verdeckter Widerstand erkannt und denunziert würde. Kurzum, sie müßten auf Jahre hinaus ein Benehmen zeigen, das innerhalb der Gemeinschaft zur *Isolation* führt, und gerade deswegen politisch ganz wirkungslos gewesen wäre.

Was ist also, um eine Nutzenanwendung aus den beschriebenen Fakten zu ziehen, vom einzelnen Bürger an Beweisen politischer Moral zu verlangen? Wir können eine gewisse Ratlosigkeit bei der Beantwortung dieser Frage schwer unterdrücken. Man könnte meinen, durch Ablehnung aller *Gewalt* in der innenpolitischen Auseinandersetzung die gefährlichen totalitären Bestrebungen zu unterbinden. Aber bei solcher absoluter Gewaltlosigkeit müßten auch alle Revolutionen, Staatsstrieche und Befreiungskämpfe unterbleiben. Dort, wo sich die totalitären Regime bereits festgesetzt haben, wäre dann ihre Abschaffung kaum möglich.

Auch das *Verbot* aller *Diktaturen* würde nicht die Gewähr für eine gute und humane Politik bieten. Beispiele in der europäischen Geschichte zeigen, daß Diktaturen – zur rechten Zeit eingeführt und in ihrer Dauer weise beschränkt – Gutes stiften können. Sollte also auf die *Person* des Herrschers oder des zur Herrschaft Strebenden abgestellt werden? Es ist aber vom einfachen Mann nicht zu verlangen, daß er die Persönlichkeiten, die sich für die Lenkung des Staates anbieten, einer genauen psychologischen Prüfung unterzieht und die Irrtümer, denen die internationale Politik reihenweise unterlegen ist, hellseherisch vermeidet.

Effizienter wäre die Forderung, das speziell „*Totalitäre*“ des politischen Wollens zu ächten. Was aber ist dieses speziell Totalitäre? Wohl die Bestrebung, dem Volk eine einheitliche, von oben gefertigte und als allein gültig bezeichnete Meinung aufzuzwingen. Dies müßte beizeiten bekämpft werden und als politische Maxime beim Volke unbeachtet bleiben. Wie sollte aber das ganz *legitime* Bestreben, andere von der eigenen Meinung zu überzeugen, von diesem totalitären Streben unterschieden werden? Auch der demokratische „Pluralismus“ lebt im Grunde von der Hoffnung, zwischen verschiedenen Meinungen eine nützliche „Balance“ herzustellen. Dazu ist aber erforderlich, daß diese Gruppierungen bei Kräften bleiben und arbeiten, und das heißt eben, daß sie von dem Bewußtsein leben, andere von ihrer Meinung überzeugen zu können.

Was als *normale*, erstrebenswerte, gewissermaßen „gesunde“ Geistes und Seelenverfassung der Bürgers zu gelten hätte, wäre ein Beharren auf einer gewissen *mittleren Linie* der Betrachtungsweise und des Urteilens. Ausgewogenheit der Anschauungen. Zurückhaltung gegenüber extremen Bestrebungen, ferner Vorsicht vor Betrügnern und Hysterikern und „Ältestes bewahrt mit Treue, freundlich aufgefaßtes Neue“. Aber klare Regeln für ein solches Verhalten sind aus diesen Grundgedanken kaum zu gewinnen. Es bliebe eine Frage des politischen Taktes, den auf der Weltbühne auftretenden Personen und Erscheinungen gegenüber die richtige Einstellung zu bewahren, aus früheren Fehlern zu lernen und für die Zukunft ein gut funktionierendes, beständiges, im Gefüge der anderen Staaten positiv wirkendes Gemeinwesen zu schaffen. Das alte Streben nach dem Idealstaat macht sich – diesmal von der einzelpsychologischen Seite her ausgehend – geltend. Kann es jemals zum Erfolg führen?

Es wäre übrigens verkehrt, den Grund für eine solche Unsicherheit der Meinung und für das verderbliche Aufeinanderfolgen entgegengesetzter Ideologien in der charakterlichen Eigenart der *Deutschen* zu suchen. Andere Völker reagieren in gleichen Situationen nicht anders. Das Nähere ist jedoch nirgends erforscht. Wie sich der einfache Mann gegenüber den Zwängen großer materieller und geistiger Gewaltausübung – zum Beispiel in der französischen, russischen, chinesischen Revolution, aber auch schon der Inquisition, dem Puritanismus, dem Calvinismus und den verschiedenen Polizeistaaten gegenüber – in seinem Bewußtsein zu verhalten hat und bis zu welchem Grade er in der Tiefe seines Ichs den neuen Ideen überhaupt gefolgt ist oder nicht, bleibt weitgehend verborgen. Zu erkennen ist nur, daß in allen diesen Fällen nach Wegfall des äußeren Zwangs die früheren, zum Teil ganz entgegengesetzten Denkweisen wie von selber wieder da waren. Welches also der politische und mentale *Normalzustand* des Bürgers ist, auf den die Entwicklung mit Notwendigkeit zurückführt, ist schwer zu sagen. Wir können nur auf den Wechsel der Meinungen als solchen vertrauen, und das erfüllt uns jedenfalls den rabiaten, auf die Wirkung der modernsten Medien gestützten und die geistige Leere und Indifferenz der Massen kalkulierenden totalitären Bestrebungen gegenüber mit Hoffnung.

(Stand: 2004)

Werner Rother, geb.:1916 in Dresden; Volksschule und humanistisches Gymnasium bis 1935;

Studium der Rechtswissenschaft; Referendarzeit, Promotion zum Dr.jur. 1941; Kriegsdienst; Tätigkeit als Verwaltungs- und Wirtschaftsjurist; DDRFlüchtling 1958; Habilitation an der Universität München. Seit 1968 Professor für Bürgerliches und Arbeitsrecht.

Anmerkungen

1 Bei den letzten Reichstagswahlen vom 6. 11. 32 gewann die NSDAP 196 Mandate von insgesamt 584 (= 33,5 %).

2 vgl. S. 4 Anm.1.

3 NSKK = Nur Säufer, keine Kämpfer